

NZZ 12.6.2015, Reflexe, S. 22, Artikel S. 23.

Wieso Piketty allenfalls irrt, aber doch Recht hat

Dass ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung Wachstum bremst, „wenn sie mit grossen gesellschaftlichen Spannungen“ verbunden ist, erleben wir heute mehr denn je: „Soziale Segregation“ bringt den Umgang mit AusländerInnen auf den Punkt, die „Ineffizienzen“ staatlich geschützter Monopole erleben wir im Detailhandel bei Nahrungsmitteln als Folge der Landwirtschaftspolitik. Dichtestress im Agglomerationsverkehr, Serviceabbau bei der Post und Banalisierung bei der SRG sind indirekte Folgen des verhinderten Wettbewerbs resp. der fehlenden Marktorientierung. Dass mehr als zwei Drittel der MaturandInnen nach wie vor aus Akademikerfamilien stammen, illustriert, wie weit wir es mit dem offenen Zugang zu Bildung bisher gebracht haben.

Deshalb trifft Piketty eben „ganz offensichtlich einen gesellschaftlichen Nerv“: Denn nicht - wie in der NZZ recherchiert - die Ungleichheit der Vermögensverteilung zwischen 1810 und 1910 interessiert, sondern die Sichtbarkeit der Porschedichte im Seefeld. Und wenn beschwichtigend angeführt wird, dass die „überproportionale Zunahme der Kapitalvermögen fast ausschliesslich auf stark steigende Häuserpreise zurückzuführen sei“, dann ist die Frustration der Mieter wegen der allenfalls nur „gefühlten“ aber nicht weniger drängender Ungleichheit beim Immobilienbesitz erklärt.

Mit der Fristigkeit von Ungleichheitsbetrachtungen scheint überhaupt herumargumentiert zu werden, wie es gerade passt: Allenfalls langfristig zu betrachtenden Ungleichheiten werden mit kurzfristigen Bezügen, wie demjenigen zum „heutigen Niedrigzinsumfeld“ zusammengemixt. Undifferenziert ist auch die Argumentation des Autors zur angeblich zunehmenden Knappheit von Arbeitskräften – besonders wenn reflektiert wird, bei Ungleichheit gehe es um „wer“ und „wieso“. Denn dem Mangel an Hochqualifizierten steht ein stetig wachsendes Heer von falsch oder nicht-Qualifizierten entgegen, welche jederzeit für Löhne unterhalb des Existenzminimums arbeiten würden.